

Brief aus Berlin



Brigitte Zypries
Ihre Bundestagsabgeordnete

Januar 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich hoffe, Sie alle haben das neue Jahr gut angefangen – nochmals alles Gute für Sie und Ihre Familie für die nächsten elf Monate!

Die ersten beiden Sitzungswochen des Bundestages sind vorbei – eindeutiger Schwerpunkt war die Debatte über den weiteren Weg Deutschlands in Afghanistan. Die SPD hat für ihre Positionsbestimmung eine vielbeachtete Konferenz in Berlin durchgeführt (Seite 2). Das Positionspapier von Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier dazu finden Sie unter www.spd.de.

Das zweite wichtige Thema, das uns noch lange bewegen wird, ist die Gesundheitspolitik. Die ersten Kassen haben erhöhte Beiträge angekündigt – Millionen Krankenversicherte werden deshalb ab Februar Zusatzbeiträge zahlen müssen. Unsere Gesundheitspolitiker haben das Vorgehen von Minister Rösler als Schritt hin zur Gesundheitsprämie kritisiert – die SPD hält den Weg für falsch! Wir setzen dem unsere Bürgerversicherung gegenüber, denn der notwendige Ausgleich aus Steuermitteln in Höhe von etwa 35 Milliarden Euro wird in Deutschland nicht aufgebracht werden können – und dann wird an den Leistungen gekürzt werden müssen.

Ich habe am 20. Januar meine erste Rede im Bundestag als Kulturpolitikerin gehalten (zu finden unter www.brigitte-zypries.de). Der Schwerpunkt lag auf der mangelhaften finanziellen Ausstattung der Kommunen, die durch das sog. „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ noch verstärkt wird. Den Kommunen in Deutschland werden durch dieses Gesetz Einnahmen in Höhe von 1,6 Mrd. verloren gehen. Das macht es allen Städten und Gemeinden noch schwerer, ihre freiwilligen Leistungen zu finanzieren. Die SPD im Bundestag hat die Einsetzung eines Unterausschusses „Kommunalpolitik“ erreicht. Durch die Debatten dort wollen wir die Situation der Kommunen stärker in die Öffentlichkeit bringen und die verfehlte Politik der schwarz-gelben Koalition anprangern.

Bis bald - für heute herzliche Grüße von

Brigitte Zypries



www.brigitte-zypries.de

Unser zukünftiges Engagement in Afghanistan Klare Abzugsperspektive von der Bundesregierung gefordert“

Seit acht Jahren engagiert sich Deutschland am Wiederaufbau in Afghanistan. Dabei muss man wissen, dass zwei militärische UN-Mandate neben den Wiederaufbauteams eine zentrale Rolle spielen. Die International Security Assistance Force (ISAF), die seit 2003 von der NATO geführt wird, und die Operation Enduring Freedom (OEF). Die ISAF hat den Auftrag, für afghanische Behörden, UN-Mitarbeiter und anderes internationales Personal ein sicheres Umfeld zu schaffen. Dabei werden sie von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr unterstützt.



© Marco Urban

Das deutsche Engagement vor Ort ist immer Gegenstand intensiver Diskussionen und Gespräche, im Bundestag und in meinem Wahlkreis. Um diese Diskussion weiter breit zu führen - auch in der Partei - hat die **SPD auf Initiative von Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier am vergangenen Freitag eine Konferenz zur Afghanistan-Strategie** veranstaltet. Mehr als 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Partei, Bundeswehr, Entwicklungsorganisationen, Kirchen und

anderen gesellschaftlichen Gruppen **diskutierten engagiert und durchaus auch kontrovers über unser zukünftiges Engagement in dem Land.** Sehr eindrucksvoll schilderte der ehemalige afghanische Außenminister Rangin Spanta die Situation in seinem Land und wie wichtig das Engagement der internationalen Gemeinschaft für die Entwicklung der Demokratie in Afghanistan ist.

Sigmar Gabriel stellte auf der Konferenz die **Vorschläge der SPD** für das weitere Engagement Deutschlands in Afghanistan vor. Wichtige Punkte dieses ersten Entwurfs eines Strategiepapiers sind die **Forderung nach einer engen Abstimmung mit den internationalen Partnern, einem vollständigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan zwischen 2013 und 2015**, die Stärkung des zivilen Engagements und mehr und bessere Ausbildung von Polizisten und Soldaten im Land. Ich finde gut, dass mit diesem Papier die öffentliche Debatte über den Einsatz in Afghanistan (wieder) angestoßen wurde und wir eine **Grundlage** haben, **um gemeinsam die künftige Strategie zu diskutieren - dazu sind alle herzlich eingeladen!**

Am 28. Januar findet in London eine Afghanistan-Konferenz statt, bei der sich die sog. Geberländer über die zukünftige Strategie verständigen wollen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung

hatte eine Woche vorher weder eine klare Strategie, noch Konzepte zu dieser wichtigen Problematik – ein Armutszeugnis, wie ich finde. Erst einen Tag vor der Konferenz hat die Bundeskanzlerin dem Deutschen Bundestag erläutert, wie sie sich das deutsche Engagement in Afghanistan vorstellt - und dieses Konzept ist deutlich von unseren Forderungen geprägt! **Ich finde es erfreulich, dass die Union und die FDP auf die Forderung der SPD eingegangen sind.** Die geforderte Erhöhung des Kontingents um 850 Soldaten beurteilen wir allerdings sehr kritisch. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie uns im Detail erläutert, wie diese Zahl zustande kommt und wie genau die Abzugsperspektive aussieht.

**Wegweiser durch die digitale Welt
Viele ältere Bürgerinnen und Bürger surfen im WorldWideWeb**

Immer mehr ältere Menschen nutzen das Internet im Alltag. Vor allem die 60- bis 69- Jährigen haben ihren Anteil im Jahr 2008 an der Internetnutzung um stattliche sechs Prozentpunkte gesteigert und liegen damit an der Spitze. Viele Angebote im Internet sind mittlerweile auf die besonderen Bedürfnisse der sogenannten Best-Ager eingestellt, Volkshochschulen bieten Kurse speziell für Ältere an und Untersuchungen zeigen, dass das Surfen im Internet „Gehirn-Jogging“ ist und geistig fit hält.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) e.V. hat einen ausführlichen und hilfreichen Wegweiser für ältere Internetnutzer zusammengestellt, auf den ich gerne hinweisen möchte. Angefangen von den grundlegenden Fragen - „Welchen Internetzugang brauche ich?“ - bis hin zu den Themen „Einkaufen im Internet“ - „Online-Banking“ oder „Fernsehen übers Netz“ gibt der Wegweiser Antworten zum richtigen Umgang mit dem Netz. Auch rechtliche Fragen zum Verbraucherschutz werden beantwortet und wichtige Tipps zum Beispiel bei den sogenannten „Abo-Fallen“ gegeben.

Der Wegweiser der BAGSO ist kostenlos erhältlich über die Internetseite www.bagso.de (Rubrik „Publikationen“) oder telefonisch unter 0228 / 249993 - 0.

Finanzielle Situation der Kommunen immer dramatischer Schwarz-gelbe Politik lässt Städte und Gemeinden immer weiter ausbluten

Bei den Haushaltsberatungen des Bundestages in der letzten Sitzungswoche wurde an vielen Stellen deutlich: **Die finanzielle Situation der Kommunen ist dramatisch.** Zu den Mindereinnahmen im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise kommt nun das sog. „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ hinzu. In meiner Rede zum Haushalt „Kultur und Medien“ habe ich das noch einmal deutlich gesagt: Es gibt zwar eine moderate Steigerung der finanziellen Mittel im Haushalt des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (bedingt vor allem durch Steigerungen im Bereich von Personalkosten) - aber in Wahrheit findet natürlich doch eine Kürzung bei den wichtigsten Akteuren der Kultur in unserem Lande statt – nämlich bei den Kommunen. Und dies liegt an den Entscheidungen, die die schwarz-gelbe Regierungskoalition in ihren ersten hundert Tagen bereits getroffen und umgesetzt hat. Durch das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz werden den Kommunen mindestens 1,6 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich in ihren Kassen fehlen. Das ist ein Aderlass, den die Kommunen nicht mehr verkraften können – denn die Städte und Gemeinden müssen aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise ohnehin Steuermindereinnahmen von etwa 14 Milliarden Euro in 2010 gegenüber 2008 hinnehmen. **Viele Städte und Gemeinden sind deshalb bereits heute finanziell nicht mehr in der Lage, freiwillige Leistungen in dem Umfang anzubieten, wie sie es gerne würden. Gerade die freiwilligen Ausgaben prägen aber das Leben der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.** Bibliotheken, Schwimmbäder, Theater, freie Kulturszene – das alles ist ein Stück Lebensqualität und ein Kernstück kommunaler Selbstverwaltung.

Im Bereich der Kultur ist in der Presse schon von massiven Einschnitten die Rede - angefangen von der erwogenen Theaterschließung in Wuppertal, zahlreichen Einschränkungen bei den kulturellen Förderungen bis hin zu Schließungen von Musikschulen. **Ich frage mich, welche Sparmaßnahmen sich die Kommunen noch überlegen müssen aufgrund dieser Situation.** Und dabei ist auch klar: Mit einem Anteil von durchschnittlich unter 2% an den kommunalen Haushalten eignet sich der Kulturbereich nicht für große Einsparungen oder die Sanierung eines Haushalts.

Otto Schily hat bei seiner Amtsübernahme 1998 gesagt: **„Wer Musikschulen schließt, gefährdet die innere Sicherheit.“** Damit hat er exemplarisch deutlich gemacht, welche Bedeutung die Kultur für unsere Gesellschaft hat. Es geht nicht nur um das sogenannte Bildungsbürgertum, das sich bei den Theaterpremierern der Stadt trifft. Nein, **es geht vor allen Dingen auch darum, kleine alternative Kulturangebote zu machen,** die den Jugendlichen Alternativen zu Internet und Fernsehen aufzeigen. Angebote, die ihnen deutlich machen, welche Bedeutung das Spielen eines Instruments haben kann – beispielsweise durch das Projekt „Ein Musikinstrument für jedes Kind“. Oder die freien Theaterprojekte, wie das Projekt der „Atriden“ in Darmstadt,

bei dem 90 Menschen aus 14 verschiedenen Nationen zwischen 14 und 70 Jahren gemeinsam ein antikes Stück einstudierten und dabei viel mehr lernten, als „nur“ Theater spielen.

Diese wichtige Aufgabe von Kulturarbeit geht verloren, wenn wir die Kommunen finanziell ausbluten. **Und es wird schwer sein, diese kulturelle Substanz, wenn sie einmal verloren ist, wieder aufzubauen.** Auch deshalb ist das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz in seinen Auswirkungen so verheerend.

Wir als SPD fordern daher nachdrücklich, die finanzielle Basis der kommunalen Haushalte nicht noch mehr durch eine unsoziale Klientelpolitik und Steuergeschenke für wenige zu torpedieren. **Vielmehr muss sichergestellt werden, dass Städte und Gemeinden auch in Zukunft eine solide finanzielle Grundlage haben,** um ihren Bürgerinnen und Bürgern freiwillige Angebote im Sport- und Kulturbereich und bei den Vereinen machen zu können.

**Der Ausstieg aus dem Ausstieg ist der falsche Weg!
Interessen der Lobby vor der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger?**

Nach Medienberichten hat sich die Bundesregierung mit den Betreibern der deutschen Atomkraftwerke darauf verständigt, die Laufzeiten der AKWs erst einmal unbegrenzt zu verlängern - und zwar auch bei den alten „Pannenmeilern“ wie Biblis A. Damit gewinnen die AKW-Betreiber die nötige Zeit, bis das von der Regierung für Oktober angekündigte Energiekonzept steht. Und Schwarz-Gelb muss den Menschen vor der NRW-Wahl nicht verbindlich erklären, warum sie auch langfristig auf Atom setzt, statt die Zukunftsbranche der erneuerbaren Energien zu fördern.

Nirgendwo ist blinde Lobbypolitik so gefährlich wie bei der Atomkraft. Wer uralte Pannenmeiler wie Biblis A unbegrenzt am Netz lässt, setzt die Profite der Atomindustrie über die Sicherheit der Bevölkerung. Offensichtlich hat die Bundesregierung den Atomkonzernen bei dem Spitzentreffen im Kanzleramt zugesagt, auf die noch im Koalitionsvertrag versprochene strenge Sicherheitsüberprüfung zu verzichten. Kein Wunder - ist doch der oberste Reaktoraufseher im Bundesumweltministerium ein ehemaliger Atomlobbyist, der auf Seiten der Wirtschaft den Atomkonsens ausgehandelt hat, der jetzt aufgegeben wird.

Nimmt man die ersten Entscheidungen der schwarz-gelben Regierung im Bereich Energie- und Klimapolitik zusammen wird schnell deutlich: **Deutschland macht einen Schritt zurück!** Mit der Festlegung auf ein Weiterlaufen selbst der ältesten Atommeiler bei gleichzeitigem Stopp

der Förderung dezentraler Mini-Kraft-Wärme-Kopplung und der gefährlich überzogenen Kürzung der Förderung der Solarenergie sind die ideologischen Pfeiler schwarz-gelber Energiepolitik in den letzten Tagen brutal umgesetzt worden. **Vom Vorhaben eines energiepolitischen Gesamtkonzepts auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnis zur Beschleunigung des Übergangs zu erneuerbaren Energien ist schon vor Beginn der eigentlichen Debatte nichts mehr übrig. Statt dessen geht es zurück in die energiepolitische Vergangenheit.**

Mit der Entscheidung wird aber nicht nur unsere Sicherheit aufs Spiel gesetzt, Deutschland verabschiedet sich auch von seiner Vorreiterrolle im Bereich der erneuerbaren Energien. Dabei geht es um rund 300.000 Arbeitsplätze bei den erneuerbaren Energien, die nun aufs Spiel gesetzt werden. **Denn Investitionen in diesen wichtigen Zukunftsbranchen werden massiv gebremst, Anreize gehen verloren und am Ende bleibt auch die Frage: Wohin mit dem Atommüll?**

SPD startet mit Schwung ins neue Jahr Zukunftswerkstatt ins Leben gerufen

Gleich zu Beginn des Jahres traf sich der Vorstand der SPD zu einer Klausurtagung in Berlin, um das Arbeitsprogramm für die nächsten Monate festzulegen. Sigmar Gabriel hatte schon mit seiner Rede auf dem Dresdner Parteitag deutlich gemacht: **Es muss eine Erneuerung unserer Partei geben - Erneuerung bei der Diskussionskultur, den Entscheidungsprozessen und auch bei der einen oder anderen inhaltlichen Frage.** Dazu haben wir auf der Klausur eine „Zukunftswerkstatt“ gegründet. Wir wollen auf breiter Basis mit Mitgliedern, aber auch mit Bürgerinnen und Bürgern, die (noch) nicht der SPD angehören, die gesellschaftlichen Fragen der Zukunft diskutieren. Und gegenüber unserer Basis muss vor allem aber klar sein, dass die Ortsvereine inhaltlich in der Partei mitdiskutieren können und sollen – und nicht nur in Wahlkämpfen Plakate aufhängen. **Die SPD als Volkspartei kann nur erhalten werden, wenn wir gemeinsam unsere Politik bestimmen und gemeinsam für unsere Position kämpfen.**

Das Arbeitsprogramm 2010 und die „12 Thesen zur Erneuerung der SPD“ findet man unter www.spd.de (Rubrik Aktuelles - Nachrichten).

Die neue Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug hat im Dezember noch einmal auf die **SPD-Aktionsbörse** hingewiesen - eine gute Initiative. Denn: Das Rad muss nicht immer wieder neu erfunden werden! Oft stellt man nämlich fest, dass es in vielen Ortsvereinen bereits gute Projekte und Initiativen gibt, die es lohnt, zu kopieren. Mit der Aktionsbörse werden all diese

Ideen gesammelt und als best-practice-Beispiele zur Verfügung gestellt. Wer also Projekte zur Mitgliederwerbung, Aktionen gegen Rechts, SPD als Geschichtswerkstatt oder nach bestimmten Themen und Zielgruppen sucht, wird sicher schnell fündig. **Alle Ortsvereine, Arbeitsgruppen und Initiativen sind aufgerufen, innovative und erfolgreiche Projekte zu melden: aktionsboerse@spd.de.**

**Letzte Nachricht:
Berlin friert!**

Die Nacht von Dienstag auf Mittwoch war in vielen Teilen Deutschlands die kälteste des Winters - in Berlin und Umgebung sank das Thermometer bis auf -25 Grad! Mittlerweile sind viele Flüsse und Seen zugefroren - auch auf der Spree im Regierungsviertel liegen dicke Eisschollen, wie man sieht!



Ein Wort zum **Brief aus Berlin**

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff Brief aus Berlin an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB * Platz der Republik 1 * 11011 Berlin